

Integration von Bundesrepublik und DDR in die jeweiligen Blöcke 1949 - 1955

Die Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis lassen sich in drei Hauptpunkte unterteilen:

- politische Integration
- wirtschaftliche Integration
- Wiederaufrüstung und militärische Integration

Hatten die ersten Pläne, die Westzonen und später die Bundesrepublik in ein System internationaler Vereinbarungen einzubinden, noch durchweg das Ziel, den ehemaligen Kriegsgegner nicht aus der internationalen Kontrolle zu entlassen, so muss doch spätestens seit der Währungsreform und der Berliner Blockade als eine Konstante der Politik gesehen werden, den Einfluss der Sowjetunion auf ihre eigene Besatzungszone und später auf die DDR zu begrenzen. Daher müssen im folgenden die Ausführungen auf die Ereignisse beschränkt werden, die eine tatsächliche Integration der Bundesrepublik und der DDR in die jeweiligen Bündnis- und Wirtschaftssysteme beinhalten.

Der wirtschaftlichen Integration selbst ging die **politische Einbeziehung** der Bundesrepublik in die Vertragsorganisation des Marshall-Plans voraus, was sie von einem reinen Empfängerland zum gleichberechtigten Partner in der Mitbestimmung über die ERP-Gelder machte (17. Mitgliedsstaat der OEEC durch Unterzeichnung des ERP-Abkommens mit den USA am 15. Dezember 1949). Basis dafür war die Unterzeichnung des Petersberger Abkommens, mit dem die Bundesrepublik das Recht erhielt, internationalen Organisationen beizutreten. Im folgenden Jahr wurde die Bundesrepublik als assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen.

Den Beginn der **wirtschaftlichen Integration** stellte dabei der Plan zur Montanunion dar, den der französische Außenminister Schuman im Mai 1950 bekanntgab. Diese Union sollte die Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands, Frankreichs, der Beneluxländer und Italiens aus der alleinigen nationalen Zuständigkeit herausnehmen und mit der Zusammenfassung in einer „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Montan-Union) auf eine überstaatliche Behörde übertragen. Damit war ein Souveränitätsverzicht der beteiligten Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet verbunden. Mit dem Inkrafttreten des Abkommens im Juli 1952 wurde das Ruhrstatut, das die Montanindustrie im Ruhrgebiet unter internationale Kontrolle gestellt hatte, abgelöst (Auflösung der internationalen Ruhrbehörde bis Februar 1953).

Im **militärischen Bereich** sind Wiederbewaffnung und Integration in das westliche Bündnis unabdingbar miteinander verflochten.

Überlegungen zur Aufstellung einer Schutztruppe in der Bundesrepublik datieren bereits vom August 1950, ihre Stärke sollte der bereits aufgestellten kasernierten Volkspolizei der DDR entsprechen. Der Korea-Krieg verstärkte für die Westalliierten die Notwendigkeit, die militärische Kraft der Bundesrepublik für die Verteidigung he-

ranzuziehen. Nachdem eine Einbeziehung in die 1949 gegründete NATO nicht ohne weiteres möglich erschien, nachdem weiterhin die Gründung der EVG an französischen Bedenken wegen eines übergroßen Souveränitätsverzichts gescheitert war, wurde 1954 die Bundesrepublik in den Brüsseler Vertrag von 1948, der damit zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert wurde, aufgenommen. Das war einerseits die Voraussetzung zur Aufnahme in die NATO, andererseits die Basis für eine Einbindung der wiedererstehenden deutschen Armee in die Rüstungskontrollinstrumente der WEU.

Parallel dazu band die Sowjetunion die DDR in ihr Wirtschafts- und Bündnissystem ein. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass Partei und Regierung der DDR wesentlich stärker auf die politischen und ideologischen Vorgaben aus Moskau ausgerichtet waren als es die Bundesregierung ihrerseits war.

So war die **Angleichung an das sowjetische Modell** oberstes politisches Ziel, die im September 1950 begründete Mitgliedschaft im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) sollte vorrangig der Intensivierung der Beziehungen unter den sozialistischen Staaten und der wirtschaftlichen Festigung des Sozialismus dienen. In Innern bedeutete das ein weiterer Ausbau der „Volkseigenen Betriebe“, eine verstärkte Kollektivierung der Landwirtschaft und eine absolute Vorherrschaft der Partei in wirtschaftlichen Dingen (Fünfjahrplan etc.).

Im Mai 1955 wurde in Warschau der „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ (**„Warschauer Pakt“**) unterzeichnet, der einerseits ein Gegengewicht gegen die NATO schaffen sollte, andererseits aber auch die militärischen Strukturen der Ostblockstaaten (sowjetische Oberbefehlshaber und Berater, Ausrüstungs- und Versorgungsabhängigkeit der Mitglieder) dem Führungsanspruch der Sowjetunion unterordnete. Damit stelle die UdSSR der NATO ein eigenes Sicherheitsbündnis gegenüber und bildete ein „Vereintes Kommando der Streitkräfte“. Das bedeutete die militärische Integration der DDR mit Betriebskampfgruppen und NVA (gegründet unter Einbeziehung der kasernierten Volkspolizei am 18.1.1956).

Diese Entwicklungen standen prinzipiell unter dem Zeichen der **politischen Konfrontation des Kalten Krieges** und seiner ideologischen Komponenten. Auf westlicher Seite ist hier der Übergang von der Politik des „Containment“, der Eindämmung des sowjetischen Einflusses, zur Politik des „Roll back“ (Politik der Befreiung von Ländern, die unter kommunistischem Einfluss stehen), die eine Verhärtung im Konfrontationskurs seitens der USA und eine neue Stufe im Kalten Krieg bedeutet. Die sowjetische Seite vertrat dagegen Shdanows Zwei-Lager-Theorie vom unversöhnlichen Gegensatz zwischen kapitalistischer und sozialistischer Welt.

An konkreten Ereignissen ist vor allem der **Korea-Krieg** zu nennen, der für die Westmächte eine Beteiligung der Deutschen an der Verteidigung des Westens und damit die Wiederbewaffnung Deutschlands unverzichtbar machte.

Die **Politik der UdSSR** dagegen war, obwohl sie prinzipiell auf die Wahrung ihrer Machtstellung achtete, in der deutschen Frage noch relativ offen. Sie bot 1952 (Stalin-Note) die Wiedervereinigung Deutschlands unter einem neutralen Status an. Die Bun-

desregierung und die Westmächte sahen diesen Vorstoß allerdings als einen Versuch an, die EVG-Verhandlungen zu torpedieren.